

Probleme des Steinkohlenbergbaus in Deutschland, insbesondere am Niederrhein

1. Steinkohlenbergbau verursacht Hochwassergefahren

- durch bergbauliche Tätigkeiten der Bergwerke West (und Walsum) ist am linken Niederrhein ein riesiges Poldergebiet
 - o ohne natürlichen Abfluss und
 - o zu großen Teilen nur geschützt von unzureichenden Deichen entstanden und wird jeden Tag weiter vergrößert;
- es besteht ein unvergleichlich großes Schadenspotenzial von bis zu 300000 gefährdeten Menschen und einem volkswirtschaftlich Schaden von 130 Milliarden Euro, also etwa einen Faktor 10 mehr als an der Elbe;
- die natürliche Wasserscheide zwischen Maas und Rhein ist durch Senkungen des Bergbaus vernichtet mit unabsehbaren Folgen für Überflutungen in beide Richtungen;
- das Bergwerk West zerstört durch Bergsenkungen die letzte Zufluchtsmöglichkeit in Rheinberg; der bisher hochwasserfreie Ortsteil Annaberg soll bis zu 5,5 m abgesenkt werden; das bedeutet bei Hochwasser eine neue Überflutung von bis zu 5 m;
- rissgefährdete Deiche sind über weite Strecken mit in Bergsenkungsgebieten unbrauchbarem Bergematerial gebaut;
- da die Deiche nicht durchgängig auf dem Stand der Technik sind (kilometerweit im Zustand der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts), dürfen keine neuen Polder entstehen oder vertieft werden;
- im Kreis Wesel besteht ein – behördlich anerkanntes – „besonderes Gefahrenpotenzial, das es in dieser Form auf der ganzen Welt nicht noch einmal gibt“¹;
- einzig in Deutschland gibt es Bergbau unter einem großen Strom, wie dem Rhein und seinen umliegenden bereits historisch abgesenkten Niederungen. Vor dem ersten Weltkrieg war Bergbau unter dem Rhein wegen seiner Gefahren verboten;
- viele Einwohner des Niederrheins sind bei einer großflächigen Katastrophe nicht einmal in angemessener Frist von den Dächern ihrer Häuser per Hubschrauber zu retten, da die Überflutungshöhen an vielen Stellen so groß sind, dass die Häuser in den Wassermassen untergehen;
- nach Warnungen renommierter Meteorologen glaubt das Innenministerium des Landes NRW, „dass es am Rhein in absehbarer Zeit zu einer ähnlichen Situation kommen könnte, wie es sie an der Oder und der Elbe schon gegeben hat“²;
- die BR Düsseldorf als Aufsichtsbehörde hat zur Risikominderung die Planung einer „Kammerung“ des Niederrheins durch viele, niedrige Schutzdeiche mit immensen Kosten für die öffentliche Hand in Auftrag

¹ Hans-Joachim Berg (Kreis Wesel), Anhörung des Landtages am 30. 1. 2004

² LMR Düren (Innenministerium des Landes NRW), ebendort; beide Zitate nach dem Protokoll

- gegeben, um zumindest den Verlust an Menschenleben niedrig zu halten, während der Bund und das Land NRW mit ihren Subventionen der DSK die Möglichkeit bieten, das Risiko zu erhöhen;
- das Bergwerk West wird die potenzielle Überflutungsfläche und das Überflutungsvolumen weiter vergrößern;
 - das Umweltbundesamt schreibt in seinem Jahresbericht 2003: „Insbesondere die Absenkungen bei Gruben unterhalb des Rheins können zu bedrohlichen Situationen führen, sollten hier aufgrund eines Rheinhochwassers die mittlerweile tieferliegenden Rheinebenen flächenhaft überflutet werden, ohne dass die Wassermassen eine Ablaufmöglichkeit hätten.“
 - wissenschaftliche Untersuchungen, welche Spannungsbelastungen im Bereich der Deiche bei Bergbau unter Deichen tatsächlich auftreten, fehlen; die Versagensgrenzen, die in den Ingenieurwissenschaften mathematisch oder experimentell ermittelt sind, sind bei vom Bergbau beanspruchten Deichen weder untersucht und noch gesichert bekannt;
 - wären die zur Zeit aufgetretenen Risse im Deich bei Rheinberg (Ortslage „Kuicksgrind“) während einer Hochwasserperiode aufgetreten, hätte es unabwendbar eine nationale Katastrophe gegeben.

2. Steinkohlenbergbau vernichtet Arbeitsplätze

- Von 1980 bis 2001 reduzierte die DSK die Anzahl ihrer Beschäftigten von ca. 187.000 auf ca. 53.000, um 72 %. Die geförderte Kohlenmenge sank von 87 auf 27 Mio. t/a. In diesem Zeitraum flossen rund 100 Mrd. Euro Steuergelder in die Förderung von Steinkohle in Deutschland. Jeder abgebaute Arbeitsplatz kostete den Steuerzahler rund 745 Millionen Euro. Von 2005 bis 2012 soll nach dem Willen der aktuellen Bundesregierung die Förderung weiter von ca. 22 Mio. t/a auf 16 Mio. t/a und die Anzahl der Beschäftigten von ca. 42.000 auf 20.000 zurückgeführt werden. Allein der Bund stellt dafür wieder 15,9 Mrd. Euro bereit, also erneut rund 720 Mio. Euro pro abgebautem Mitarbeiter. Das Umweltbundesamt unterstrich in seinem Jahresbericht 2003: „Dies zeigt, dass die Steinkohlesubventionen ein sehr ineffektives und ineffizientes Förderinstrument darstellen.“
- Im Sommer 2003 stellte das Umweltbundesamt fest, mit Einsatz der entsprechenden Mittel in anderen Bereichen könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als im Bergbau verloren gingen. Diese neu geschaffenen Arbeitsplätze bringen weitere Arbeitsplätze in Zulieferfirmen und örtlicher Wirtschaft. Modellrechnungen im Auftrag des Umweltbundesamtes zeigen: Umschichtung der Steinkohlesubventionen bringt Vorteile für Wirtschaft und Umwelt ³
- Es bleibt zu untersuchen und öffentlich zu machen, wie viele Unternehmen der Bergbauregion aus bergbauspezifischen Gründen abwandern oder sich dort nicht ansiedeln. Hierher gehören beispielsweise Unternehmen, die erschütterungssensibel oder empfindlich gegenüber Schief lagen im Millimeterbereich sind. Beispiele:

³ Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes, 3. Juli 2003, ebenda, S. 6

Druckindustrie, Maschinenbau, voll automatisierte Betriebe und so weiter.

- "Für die Subventionierung der Steinkohle wird mit 16 Milliarden Euro sehr viel ausgegeben. Wir sollten aber mehr Geld in die Zukunft des Ostens stecken als in die Vergangenheit von Nordrhein-Westfalen", sagte der Bildungsstaatssekretär und Thüringer SPD-Chef Christoph Matschie. Statt eine veraltete Industrie mit Milliarden zu bezuschussen, müsse sich Deutschland stärker für Zukunftsinvestitionen entscheiden. "Uns fehlt dadurch das Geld, um Forschung und neue Technologien zu fördern."⁴
- Die Subventionierung des deutschen Steinkohlenbergbaus war auf europäischer Ebene nur deshalb durchsetzbar, weil im Gegenzug Frankreich und Italien ihr heimisches Güterfernverkehrsgewerbe subventionieren dürfen. (kurz: für weiter subventionierte Bergarbeiter werden in Deutschland Kraftfahrer arbeitslos).
- Das DSK-Argument, Bergbautechnologie lasse sich allein durch Steinkohlebergbau in Deutschland aufrecht erhalten und gewinnbringend exportieren, kann nicht überzeugen. Die Umsätze der betreffenden Unternehmen sind so gering, dass sich damit die hohe Subvention des Steinkohlebergbaus in Deutschland nicht rechtfertigen lässt. Die Weiterentwicklung bergmännischer Abbaumaschinen bedingt nicht ihren Einsatz in Deutschland. Das beweisen zahlreichen Maschinenentwicklungen, die andere Branchen mit Erprobungen im Ausland vorwärtstreiben. Es sei hier nur beispielhaft auf den Landmaschinenbau, die Kernkraftwerkstechnologie sowie die Textilmaschinenhersteller mit fast 100%igem Export verwiesen
- Dr. Manuel Frondel, der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, plädiert dafür, die Steinkohlesubventionen bis 2010 stufenweise vollständig abzubauen. „Das würde resultieren in geringeren Steuern, in einer höheren gesellschaftlichen Wohlfahrt, und Beschäftigungsrückgänge und Verluste sind nicht wirklich ein Argument, da durch diese Subventionen, die man einspart, an anderer Stelle Beschäftigungszuwächse erreichen könnte, die darüber hinausgehen, was man verloren hat.“⁵
- politische Maßnahmen sind erforderlich, die dem Niederrhein endlich mit einer deutlichen Reduzierung der Bergbauaktivitäten seine ursprüngliche wirtschaftliche Dynamik in Industrie und Gewerbe zurückgegeben. Die wirtschaftliche Lähmung durch den Bergbau ist politisch zu beenden.
- während alle deutschen Angestellten und Arbeiter durch die Hartz-IV – Gesetze den Bedingungen des aktuellen (Nicht-) Arbeitsmarktes unterworfen werden, reklamiert die Steinkohlenindustrie für ihre Mitarbeiter mindestens bis 2012 den „sozialverträglichen Abbau“, d.h. weitere Unterstützung durch großzügige Verrentung ab einem Alter von 50 bzw. 55 für Übertage-Beschäftigte mit öffentlichen Mitteln, was dazu führt, dass die Hartz-IV-Gesetze für keinen Bergmann greifen werden.

⁴ nach: DIE WELT, 25. Nov 2003

⁵ Dr. Manuel Frondel, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Hearing zur Nachhaltigkeit, 3. April 2003

3. Steinkohlenbergbau verursacht nicht nur heute sondern bis in alle Ewigkeit riesige Kosten für den Steuerzahler

- kein anderer Industriezweig wird mit derart hohen Subventionen entgegen allen marktwirtschaftlichen Kriterien künstlich am Leben gehalten;
- allein durch die bergbaubedingten Folgen der Wasserhaltung entstehen Ewigkeitskosten, wenn der Niederrhein nicht als Seenplatte aufgegeben werden soll:
 - o Grundwasser ist durch energieaufwendiges Pumpen niedrig zu halten
 - o Fließrichtungen von Flüssen, Bächen und Kanälen sind ohne natürliches Gefälle umgedreht.
 - o Grubenwässer und Abwässer aus Waschbergematerial verseuchten Grundwasser, Trinkwasser und Umland
- die Deutsche Steinkohle AG (DSK) als Verursacher ist, nach Abschluss des Bergbaus, bei beendeten Subventionen nicht dauerhaft in der Lage die immensen Kosten aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Wieder wird die öffentliche Hand einspringen müssen.
- schon jetzt werden jährlich 500 Millionen m³ Wasser von der Linksniederrheinischen Entwässerungs-Genossenschaft (LINEG) bewegt, damit der Niederrhein nicht absäuft.
- bergbaubedingte Erhöhungen der Deiche verursachen höhere Unterhaltskosten, die die DSK z. Z. nicht trägt.

Forderungen:

- Neben einem sozialverträglichen Rückbau ist ein fester Termin für die endgültige Einstellung des Bergbaus am Niederrhein politisch festzuschreiben. Erst dann kann die Politik auf lokaler Ebene zukunftsweisend planen und entscheiden.
- Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Internationale Energieagentur (IEA) fordern seit längerem die Abschaffung der Kohlensubventionen in Deutschland. Frankreich hat es der Bundesrepublik in diesem Jahr mit der Schließung seiner letzten Zeche vorgemacht.

4. Steinkohlenbergbau ist nur gegen den Widerstand des überwiegenden Teils der Bevölkerung durchführbar

- die Anhörungen zu den Rahmenbetriebsplänen der Bergwerke Walsum und West haben deutlich gemacht, dass Kohleabbau am Niederrhein nicht mehr im Konsens mit der Bevölkerung möglich ist;
- 6500 Einwendungen gegen den Rahmenbetriebsplan des Bergwerkes West;
- unzählige Anträge betroffener Bürger ;
- 500 Einwendungen gegen den Sonderbetriebsplan „Abbaueinwirkungen auf das Oberflächeneigentum“ zu Bergwerk West;
- Steinkohlenbergbau trifft auf vielfachen Widerstand der örtlichen Politik

- Resolutionen des Kreises Wesel und der Städte Dinslaken, Voerde und Rheinberg:
 - ◆ „Steinkohlebergbau unter dem Rhein, seinen Deichen und Niederterrassen hat wegen der durch ihn induzierten Hochwassergefährdungen und Schadenspotenziale zu unterbleiben.
 - ◆ Die Vergrößerung bestehender und/oder die Schaffung weiterer Überflutungsflächen im Zusammenhang mit bergbaulichen Aktivitäten ist in der Niederterrassenregion des Rheins nicht mehr zulässig.
 - ◆ Dem Prinzip der Nachhaltigkeit ist unbedingt zu folgen.“
- Klagen der Städte Voerde und Rheinberg sowie des Deichverbandes Orsoy gegen einzelne Betriebspläne der Bergwerke Walsum und West;

5. Steinkohlenbergbau ist umweltschädlich

- der Rhein wird mit Chloriden, Schwermetallen aus Kohlenwaschwasser, Grubenwässern und durch Waschbergehalten belastetes Grundwasser verunreinigt;
- Flora und Fauna werden durch Abpumpmaßnahmen, Rückleitung von Gewässern, Trockenlegung und Vernässung dauerhaft geschädigt;
- radioaktive, hochsaline Grubenwässer belasten Naturschutzgebiete und fließen öffentlich zugänglich mitten durch das Rheinberger Stadtgebiet;
- das Umweltbundesamt schreibt in seinem Jahresbericht 2003: „Hinzu kommen die erheblichen Umweltbelastungen durch die Kohle.“
- Kohlekraftwerke haben einen relativ geringen Wirkungsgrad; der Ausstoß an Klimagasen ist unverhältnismäßig hoch;
- durch den Abbau heimischer Kohle werden zusätzliche Klimagase (Methan, ca. 15-20fach wirksam als CO₂) in großen Mengen freigesetzt;
- radioaktives Radon wird durch den Steinkohlenbergbau in erheblichen Mengen unkontrolliert in die Umwelt abgegeben.

6. Steinkohlenbergbau bestimmt die Politik

- „alle Macht geht vom Volk aus“, das muss auch für den Steinkohlenbergbau gelten;
- die zeitliche Aufeinanderfolge der Schließung der Bergwerke darf nicht nach wirtschaftlichen Überlegungen des Unternehmens DSK, sondern muss nach folgenden Kriterien geschehen:
 - Folgekosten
 - Gefahren für die betroffenen Menschen
 - Umweltschädlichkeit
 - Nachhaltigkeit
- die „Politik“ muss endlich wieder unabhängig von aller Klientel auf ihr Präjudiz pochen, indem sie Einfluss auf die Reihenfolge der notwendigen Schließung der Bergwerke nimmt;

Wir fordern die Bundes- und Landespolitik auf, den Kernsatz der Resolutionen des Kreises Wesel und der Städte Dinslaken, Voerde und Rheinberg kurzfristig umzusetzen:

„Steinkohlenbergbau unter dem Rhein, seinen Deichen und Niederterrassen hat wegen der durch ihn induzierten Hochwassergefährdungen und Schadenspotenziale zu unterbleiben.“